

14.3.1883 Karl Marx, Sozialphilosoph, gestorben in London, geboren 5. Mai 1818.

16.03.1968 US-amerikanische Truppen massakrieren im vietnamesischen Dorf My Lai (Vietnam) mehr als 500 unbewaffnete Zivilisten.

19.03.1911 Eine Millionen Menschen demonstrieren am ersten internationalen Frauentag im Deutschen Reich, in Österreich, der Schweiz und in Dänemark.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

05. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

13. März 2012

Ein Meilenstein auf dem Weg zu einer zentralen Frauenstruktur in der LINKEN ist erreicht:

Bundesrat LINKE Frauen gegründet

Die vierjährige Diskussion über eine neue Frauenstruktur mündete am 25. Februar 2012 in die Gründung des Bundesrates LINKE Frauen (BLF). „DIE LINKE ist als gesamtdeutsche Partei mit dem Willen angetreten, eine länderübergreifende, gesamtdeutsche Frauenstruktur zu initiieren“, sagt Gabi Ohler, Mitglied des Parteivorstandes und Leiterin der AG Frauenstruktur. „Mit dem BLF wollen wir ein Vernetzungsorgan schaffen für Frauen in der LINKEN, uns in die politische und gesellschaftliche Diskussion aus feministischer Sicht einbringen und Ansprechpartner für Frauen und Frauenorganisationen außerhalb der LINKEN sein.“

In Hannover waren fünfzig Frauen aus zwölf Bundesländern anwesend. Dies sei ein Erfolg für den Einstieg in eine bundesweite Koordination der frauenpolitischen Arbeit der LINKEN.

Da der Antrag auf eine Satzungsverankerung des Bundesrates auf dem Erfurter Parteitag zwar die Mehrheit bekam, jedoch an der Zwei-Drittel-Hürde scheiterte, haben sich die Frauen nun zunächst auf eigene Kosten oder mittels der

Unterstützung ihrer Landesverbände zusammengefunden.

„Umso mehr freut mich die große Resonanz“, sagt Gabi Ohler.

„Mittlerweile haben sich über 200 Frauen als Gründerinnen gemeldet – weitere sind eingeladen, sich diesen anzuschließen.“

Das gilt insbesondere auch für Basis-Frauen.

„Ich möchte alle Frauen ermuntern, sich dem Bundesrat anzuschließen und auf diese Weise Anregungen und Informationen aus anderen Ländern zu erhalten, die sie in ihre Arbeit vor Ort einbringen können.“

Neben den Frauen, die über einen noch zu bestimmenden Zeitraum kontinuierlich mitarbeiten, sind alle Frauen eingeladen, sich als Mitglied des Bundesrates zu melden und so an den Informationen zu partizipieren. Welche genauen Mitarbeits- und Beteiligungsstruktur der BLF bekommen soll, wird auf dem nächsten großen Treffen entschieden werden.

In den einleitenden Länderberichten in Hannoverspiegelte sich ein vielfältiges Bild der aktuell bestehenden Frauenstrukturen –

selbstorganisierte Frauengruppen waren ebenso vertreten wie die AG LISA auf Landes- und Bundesebene oder frauenpolitische Sprecherinnen bzw. Mitglieder von Landesvorständen und Landtagsfraktionen. In allen Beiträgen drückte sich die Hoffnung aus, mit dem zentralen Bundesrat eine notwendige Stützung der politischen Arbeit von Frauen in der LINKEN zu erfahren.

Zentrales Anliegen ist es zunächst, das Projekt „Politik von unten“ zu organisieren. In einer bundesweiten Befragung aller weiblichen Parteimitglieder soll herausgefunden werden, was sie in und von der Partei DIE LINKE wollen und erwarten. Die Ergebnisse werden durch eine Arbeitsgruppe des BLF in konkrete Politikvorschläge für Bund und Länder übersetzt und können in Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen fließen. Die Hoffnung ist, dass die Frauen, die wir bisher nicht erreicht haben, die Vorschläge mittragen und kreativ weiter ausgestalten werden, weil sie sich mit ihren eigenen Erfahrungen darin wieder finden.

weiter auf Seite -2-

Bundesrat LINKE Frauen gegründet

Fortsetzung von Seite -1-

Damit haben die Gründerinnen eindrucksvoll den im Vorfeld immer wieder geäußerten Vorwurf entkräftet, mit dem Bundesrat solle eine Struktur von Funktionärinnen festgezurrert werden, die über die Basis hinweg agiert. „Wir nehmen damit unser Parteiprogramm ernst, anstelle einer weit verbreiteten Stellvertreterinnen-Politik die Genossinnen tatsächlich zu Wort kommen zu lassen und LINKE Politik unter größtmöglicher Beteiligung der (weiblichen) Mitglieder zu gestalten“, sagt die Frauenpolitikerin. Noch vor der Sommerpause treffen sich die Arbeitsgruppen, um die Bundesfrauenkonferenz und das

mit dieser zeitlich verbundene große Bundesrats-Treffen vorzubereiten. Auf dem BLF-Treffen wird es u.a. um die genaue Struktur der Beteiligung gehen, um die Weiterarbeit an dem Projekt „Politik von unten“. Wichtig an diesem Wochenende wird aber auch die Diskussion um die frauenpolitische Intervention in den Bundestagswahlkampf sein.

Die Landesverbände sind aufgerufen, in landesweiten Frauenversammlungen über die Frage zu entscheiden, in welchen Formen sie die Klammer zwischen Basisarbeit und Bundesrat herstellen wollen. In einigen Bundesländern

ist bereits entschieden worden, Landesräte analog des Bundesrates zu gründen, aber auch andere Modelle sind denkbar.

„Wir haben eine echte Aufbruchstimmung in Hannover erlebt“, sagt Gabi Ohler. „Ich freue mich, zusammen mit so vielen engagierten Frauen über Ländergrenzen hinweg zusammen zu arbeiten und unsere Partei aus frauenpolitischer und feministischer Sicht nach vorne zu bringen.“

Gabi Ohler,
Mitglied des Parteivorstandes
gabi.ohler@die-linke.de

Wie wird der Bundespräsident gewählt?

Am 18. März 2012 wird in Berlin ein neuer Bundespräsident gewählt, nachdem der bisherige Amtsinhaber Christian Wulff erhebliche Verwirrung in den Lagern von Karnevalisten und Regierung ausgelöst hatte, indem er, ohne deren Genehmigung vorab einzuholen, zurücktrat. Hintergrund sind die allerdings gar nicht lustigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hannover gegen ihn wegen des Verdachts der Vorteilsannahme (§ 331 StGB). In diesem Beitrag soll das Verfahren der Wahl des Bundespräsidenten kurz dargestellt werden. Eine Bewertung aus politischer und karnevalistischer Sicht erfolgt lediglich im Sinne der Juvenalischen Klage „difficile est satiram non scribere“ (lat., deutsch: schwierig ist es, keine Satire zu schreiben).

Wo ist die Wahl des Bundespräsidenten geregelt?

Auszugehen ist von Art. 54 GG, der die Grundzüge festlegt. Dort heißt es außerdem in Abs. 7: „Das

Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Dies ist das Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung oder kurz BPräsWahlG. Beides zusammen bildet die Rechtsgrundlage für das Wahlverfahren.

Grundlagen

In Art. 54 Abs. 1 GG heißt es: „Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.“ Ohne Aussprache heißt ohne Personaldebatte. Sinn ist, das Amt nicht von vornherein durch das „Grillen“ der Kandidaten zu belasten. Zugelassen sind allerdings – wie Ende Februar diesen Jahres – „Präsidentwahlkämpfe“, die letztlich dieselbe Funktion erfüllen, so dass in einer Mediengesellschaft wie der unseren die Regelung weitgehend leerläuft. Das Lebensalterkriterium knüpft an m.E. antiquierte Vorstellungen von Amt und Wür-

de an, die es nicht zulassen, dass jemand, dem gerade der Führerschein ausgehändigt worden ist, sich gleich in einer Staatskarosse mit dem Präsidentenstander aus dem Hof von Schloss Bellevue kutschieren lässt.

Wie setzt sich die Bundesversammlung zusammen?

Wie oben dargestellt, wird der Bundespräsident durch die Bundesversammlung gewählt, über die Art. 54 Abs. 3 GG bestimmt: „Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.“ Damit wird angeblich zwei fundamentalen Grundsätzen des Grundgesetzes Rechnung getragen: dem Demokratie- und dem Föderalismusprinzip. Ob Letzteres so zwingend ist, stehe allerdings sehr dahin, wird doch der Bundeskanzler auch ohne Beteiligung aus den Länderparlamenten gewählt, ohne

dass bisher jemand auf den Gedanken verfallen wäre, dies verletzte das Föderalismusprinzip. Außer der Wahl des Bundespräsidenten hat die Bundesversammlung keine Aufgabe, d.h. unter – in den letzten Jahren zugegebenermaßen selten gewordenen – normalen Umständen tritt die Bundesversammlung nur alle fünf Jahre zusammen, denn so lange ist die Amtsperiode des Bundespräsidenten (Art. 54 Abs. 2 S. 1 GG). Er kann nur einmal wiedergewählt werden, d.h. spätestens 2022 sind wir Herrn Gauck los (Art. 54 Abs. 2 S. 2 GG).

Die spannendste Frage dabei ist, wie sich die Mitglieder aus den Ländern zusammensetzen. Zunächst bestimmt § 2 Abs. 1 BPräsWahlG hinsichtlich deren Anzahl: „Die Bundesregierung stellt rechtzeitig fest, wieviel Mitglieder die einzelnen Landtage zur Bundesversammlung zu wählen haben.“ Dabei wird ein kompliziertes mathematisches Verfahren angewandt, das sog. Hare-Niemeyer-Verfahren. Wer mehr dazu wissen will, guckt da:

<http://www.wahlrecht.de/verfahren/hare-niemeyer.html>.

Die Landtage wählen nach Vorschlagslisten, wobei entweder das gesamte Parlament eine Liste aufstellt, auf die man sich zuvor geeinigt hat, oder, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, stellen die einzelnen Fraktionen Listen auf, von denen wieder in einem mathematischen Verfahren, diesmal nach dem bekannten d'Hondtschen Verfahren (<http://wahlrecht.de/verfahren/dhondt.html>), Kandidaten ausgewählt werden.

Die so Erwählten müssen auf jeden Fall zum Bundestag wählbar (pas-

sives Wahlrecht, das mit dem aktiven weitgehend identisch ist) sein. Nicht jedoch müssen sie Mitglieder des Landtages sein, der sie entsendet. So ist es möglich, dass immer wieder mehr oder minder illustre Figuren, bekannt aus Film, Funk und Fernsehen, die Bundesversammlung bevölkern. Vor allem Sportler und Schauspieler erfreuen sich hierbei ebensolcher Beliebtheit wie die Teilnahme an der Bundesversammlung bei ihnen. Insofern haben wir es mit einer klassischen Win-Win-Situation zu tun, auch wenn die letzten beiden Präsidenten eher Looser waren und wir nunmehr dem präsidentalen Stop-Loss-Programm wohl kaum entgaucken. Klar, 's fällt schon langsam auf...

Wie läuft die Wahl ab?

Art. 54 Abs. 4 GG bestimmt: „Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.“ Nachdem Herr Wulff am 17. Februar 2012 zurückgetreten war, das Amt also vorzeitig beendet hatte, hat Herr Lammert die Frist voll ausgeschöpft, als er die Neuwahl eines Staatsoberhauptes (was eigentlich ist ein Unterhaupt im Staat?) auf den 18. März festgesetzt hat.

Das eigentliche Prozedere ist eher unspektakulär. Der Bundestagspräsident eröffnet und leitet die Bundesversammlung. Wahlvorschläge sind bei ihm schriftlich einzureichen, hierzu sind nur Mitglieder der Bundesversammlung befugt. Die schriftliche Zustimmungserklärung der Vorgeschlagenen ist beizufü-

gen. Gewählt wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln, so dass man „Abweichler“ nicht „erwischt“ kann. Gewählt ist gem. Art. 54 Abs. 6 GG, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Beispiel:

Die Bundesversammlung hat 1.240 Mitglieder. Die Mehrheit liegt also bei 621 Stimmen. Angenommen, Beate Klarsfeld erhält im ersten Wahlgang 620 Stimmen, Herr Gauck nur 1 Stimme, so muss ein 2. Wahlgang stattfinden. Denn keiner von beiden hat die Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung. Klarsfeld hat lediglich die relative Mehrheit, die hier noch nicht ausreicht. Schafft sie auch danach nicht mehr als 620 Stimmen, so kommt es zum 3. Wahlgang.

Jetzt reichen ihr die 620 Stimmen, wenn Gauck weniger Stimmen hat, denn dann hat sie „die meisten Stimmen auf sich vereinigt.“

Gerhard Strohmaier

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spendenbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

08.03.2012

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 22.03.2012

Aus der letzten Stadtratssitzung

Der Fußball war schuld, dass die Stadtratssitzung um 17:15 Uhr beendet wurde! Eine Mehrheit des Stadtrates hatte so entschieden, um dem Länderspiel im Erdgas Sportpark beizuwohnen. Unsere Fraktion hatte ein paar Fußballliebhaber, aber ein Großteil stimmte gegen den Antrag, den der Vorsitzende des Stadtrates einbrachte.

Um es vorweg zu nehmen: einige wichtige Anträge konnten so in der regulären Sitzung nicht mehr behandelt werden, sie kommen im März auf die Tagesordnung. Ohne Diskussion wurden die Vorlagen zur Feststellung der Jahresrechnung 2010 und der Entlastung der Oberbürgermeisterin sowie der Jahresabschluss 2010/2011 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle abgestimmt.

Heftige Diskussionen gab es zur Vorlage "Schulentwicklungsplanung". Der Vorschlag der Verwaltung, die „Jägerplatz-Schule“ zu schließen, fand in vorherigen Abstimmungen zur Schulentwicklungsplanung keine Mehrheit. Die Oberbürgermeisterin legte Widerspruch gegen diese Entscheidung ein, jedoch fand dieser im Stadtrat ebenfalls keine Mehrheit. Hendrik Lange verwies in der Diskussion darauf, dass im ganzen Land die Förderlandschaft im Umbruch sei. Doch bis hier Entwicklungen zu einem Ergebnis kommen und die Inklusion voll umgesetzt werden kann, wird es noch dauern. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch die Planung einer internationalen Schule in Halle mit Fördermitteln. Er unterstrich, dass dieses Geld besser für die eigene städtische Schullandschaft ange-

legt sei. Es bleibt abzuwarten, wie es nun mit der Schule weitergeht!? Nun endlich wird das Thema HES – Grundsatz- und Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle Ost aufgerufen. Jahrelang diskutierte der Planungsausschuss zu diesem Thema! Uwe Köck kritisierte, dass die jetzt vorgeschlagene Variante (Tunnel) zwar die kostengünstigere, aber durchaus nicht die Beste ist. „Man habe über Obst geredet. Die Verwaltung hat über Äpfel gesprochen und wir haben Birnen gemeint“. Er verwies auf den Antrag unserer Fraktion, das Verfahren zur Planfeststellung an das Landesverwaltungsamt abzugeben mit den Worten: „De jure ist alles ok, aber die Frage der Befangenheit können wir nicht vom Tisch wischen“. Der Antrag fand übrigens keine Mehrheit. Letztlich – nach langer Diskussion – wurde mit teilweisen Stimmen aus unserer Fraktion und vielen Enthaltungen dem Vorhaben zugestimmt.

Zugestimmt haben wir auch dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zusätzliche Schallschutzmaßnahmen in Höhe von 760.000 EUR vorzusehen.

Ohne größere Diskussionen fanden im Stadtrat der Verlängerungsvertrag über die Durchführung des Winterdienstes, der Bebauungsplan Nr. 90 „Halle-Neustadt, Magistrale“ sowie die Widmungen der Straßen „Am Sonnenhang“ und „Zur Morgenröte“ zu Gemeindestraßen Zustimmung.

Einige Diskussionen gab es zum Konzept des Weihnachtsmarktes 2012. Die Anträge unserer Fraktion – sie betrafen, dass der Hanseering wie ursprünglich vorgesehen,

nicht als Veranstaltungsort in die Planungen aufgenommen wurde und die Durchsetzung der Behindertenfreundlichkeit – wurden im Wesentlichen von der Stadtverwaltung übernommen. Die Öffnungszeiten bleiben bei 10 bis 21 Uhr, sonntags von 11 bis 21 Uhr. Angenommen wurde auch der Antrag einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle. Neben SPD und CDU-Fraktion waren wir Mitunterzeichner dieses Antrages. Bodo Meerheim kritisierte zwar, dass die Brücke erst 2013 (nicht wie von uns gefordert 2012) realisiert wird, drückte aber wiederum seine Zufriedenheit darüber aus, dass Dank der Unterstützung vieler Unternehmen das Projekt überhaupt angenommen wird. Angenommen wurde unser Antrag, „Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung“. Und der letzte Punkt der gekürzten Tagesordnung sorgte dann auch wieder für heftige Diskussionen. Schon vor etlicher Zeit wurde der Stadtratsbeschluss gefasst, eine Gedenktafel an dem Roten Turm anzubringen, um allen Bürgern, die die Stadt Halle (Saale) in den Apriltagen des Jahres 1945 vor der Zerstörung bewahrt haben, zu gedenken. Mit dem erneuten Antrag zur Umsetzung sollte auf die Ankündigung der „Luckner-Freunde“ reagiert werden, die ebenfalls eine Tafel mit Namen anbringen wollen. Die Oberbürgermeisterin teilte mit, dass am 5. April um 14:30 Uhr die Tafel mit dem Beschlusstext des Stadtrates angebracht wird.

Voraussichtlich wird es nun zwei Tafeln auf dem Marktplatz geben!
Ute Haupt, Stadträtin

Ladenschluss Eine Auswahl von Veranstaltungen, die zur Bildungswoche vom 19.03. – 24.03.2012 stattfinden

Über viele Besucher in unserem Laden in der Leipziger Straße 32 (oberer Boulevard), der täglich ab 10.00 Uhr geöffnet ist, würden wir uns freuen.

AG Aktion Ladenschluss

Eröffnungsveranstaltung

Montag 19 – 21 Uhr

Die offizielle Eröffnung des „Respekt auf-Laden“ mit seinen Ausstellungen und Programmpunkten sowie der offizielle Startschuss für „Respekt – eine Woche für mehr Vielfalt“ wird gestaltet durch die Begrüßung der Mitglieder der „AG Aktion Ladenschluss“ im Bündnis „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ und einem Grußwort von Dagmar Szabados, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale). Des Weiteren wird die Eröffnung durch Musik und der Feuershow von „Fuegopaz“ abgerundet.

„Respekt – Ausstellungen“ (die ganze Woche)

Neofaschismus in Deutschland

In der Bundesrepublik werden Menschen beschimpft, bedroht, zu Tode getreten oder bei lebendigem Leibe verbrannt, weil sie als Fremde oder Andersdenkende gehasst werden - über 100 Todesopfer hat die neofaschistische Gewalt seit 1990 bereits gefordert.

Geht hier die jahrelange Saat von Alt- und Neofaschisten auf? Können diese Ereignisse mit denen aus der NS-Zeit verglichen werden? Haben die Ausbreitung rassistischen Denkens und die daraus erwachsende Gewalt heute ganz andere Gründe als damals? Die Ausstellung will dazu beitragen, dass diese Bilder nicht auf Dauer zum deutschen Alltag gehören. Sie informiert über Ideologie und Praxis des Neofaschismus und benennt Ursachen

für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns.

„Vorurteile machen Blind“

„Vorurteile eignen sich sehr gut dazu, scheinbare Wahrheiten anzusprechen, die niemand überprüft, weil so viele Menschen an sie glauben. Deshalb ist es ganz normal, dass wir Vorurteile haben. Wir übernehmen sie zusammen mit vielen anderen Wertvorstellungen und Selbstbildern der Gemeinschaft, der wir angehören. Vorurteile machen blind. Sie hindern uns daran, Wahrheit zu sehen und zu erkennen. Sie bauen auf unser Vertrauen in die Richtigkeit dessen, was wir lernen. Sie vermitteln Gerissenheit, die keine ist. Erst wenn sich jemand die Mühe macht, die Argumentationskette aufzudröseln und an der Realität zu überprüfen, kann diese Spirale durchbrochen werden.“

Hier setzt die Ausstellung „Vorurteile machen blind – Rechtsextreme Vorurteile und wie wir ihnen begegnen“ der Heinrich Böll Stiftung Sachsen-Anhalt an. Durch gezieltes Aufgreifen von bestimmten Vorurteilen, z.B. rassistischer Art, werden diese mit Hintergrundwissen widerlegt.

„Respekt – Lesungen und Diskussionsrunden“

„1001 Märchen-Leselust“ Mittwoch 22.3.2012, 16 – 17 Uhr

Das Projekt der Freiwilligen Agentur Halle- Saalkreis e.V. wird eine mehrsprachige Vorleseaktion durchführen. Zielgruppe sind Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter mit ihren Eltern. Zweisprachige Vorleseteams werden internationale Märchen jeweils in Deutsch und einer Fremdsprache vorlesen.

Diskussionsrunde zu der Ausstellung Neofaschismus in Deutschland

Mittwoch 18 – 21 Uhr

Die AG Friedenspolitik des Friedenskreis Halle e.V. stellt die Ausstellungen im Respekt auf Laden vor und bietet in einer gemeinsamen Gesprächsrunde Austausch und Diskussion an.

„Respekt – Workshops u. Seminare“

Die neuen Nazis und ihre Kleider (WS) Dienstag, Freitag 10 – 12 Uhr

Der aufschlussreiche Workshop bietet mit Wissen um die Symboliken und zu dem Versteckspiel der Neonazis sowie der Kreativität, eine menschenverachtende Ideologie salonfähig zu machen, auf. Friedenskreis Halle e.V.

“Where are you from” (WS)

Mittwoch 10 – 12 Uhr

Workshop mit Fragen zur Vielfalt der Kulturen, der aufzeigt, wo die Grenzen verwischen oder sich aufheben. Vom klassischen Kulturbegriffsdenken hin zur Globalkultur. Was ist fremd, vertraut, neu, ähnlich, bewusst, unbewusst und wie sieht es in unserer Gesellschaft aus? Kurzfilm „Where are you from“ mit anschließender methodischer Auseinandersetzung zu Identität, Macht und Diskriminierung.

„Durch die Stimmen von zehn jungen Menschen, die in Berlin oder New York als Kinder von Migrantinnen leben, setzt sich “Wo kommst du wirklich her?” mit Migration und nationaler Identität in den beiden Gesellschaften auseinander.

weiter auf Seite -7-

Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.

Ziviler Ungehorsam

(Marcel Kieslich)

„Neonazistische Gruppen versuchen mit Aufmärschen und Kundgebungen den öffentlichen Raum zu besetzen. Immer häufiger – aktuell in Dresden, Magdeburg und Dessau – werden Blockaden von Naziaufmärschen angekündigt und bundesweit zum zivilen Ungehorsam mobilisiert. Diese Blockaden gegen genehmigte Demonstrationen sind illegal, als Protest gegen eine menschenverachtende und demokratiefeindliche Ideologie aber durchaus legitim.“¹

Dr. Elke Steven (Soziologin und Journalistin)² und Alfred Roos (Politikwissenschaftler und Theologe)³ loteten dieses Spannungsverhältnis, unter der Moderation von Karsten Malowitz (Politikwissenschaftler)⁴, aus und diskutierten über die Notwendigkeit zivilen Ungehorsams in der Demokratie. An der gemeinsamen Veranstaltung⁵ der Grünen Hochschulgruppe Halle und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, haben etwa 40 Personen teilgenommen.

Ralf Dreier definiert zivilen Ungehorsam wie folgt: „Wer allein oder gemeinsam mit anderen öffentlich, gewaltlos und aus politisch-moralischen Gründen den Tatbestand einer Verbotsnorm erfüllt, handelt grundrechtlich gerechtfertigt, wenn er dadurch gegen schwerwiegendes Unrecht⁶ protestiert und sein Protest verhältnismäßig ist.“ Durch zivilen Ungehorsam soll Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung genommen werden. Es geht, demjenigen der zivilen Ungehorsam übt, nicht darum, das Grundgesetz zu schwächen bzw. außer Kraft zu setzen oder die bestehende Herr-

schaftsstruktur abzulösen, sondern um die Durchsetzung von Bürger- oder Menschenrechten innerhalb der bestehenden Ordnung. Insofern gehört zum zivilen Ungehorsam eine gewisse Bereitschaft, sich den strafrechtlichen Konsequenzen zu stellen. Der Amerikaner Henry David Thoreau zahlte aus Protest gegen den Krieg keine Steuern. Menschen wie Mahatma Gandhi, Martin-Luther-King und Rosa Parks haben zivilen Ungehorsam ausgeübt, um sich gegen Rassismus zu wehren. Rosa Parks hatte, während der Rassentrennung in den USA, ihren Sitzplatz nicht für einen Weißen freigemacht und blieb entgegen den geltenden rassistischen Regeln im Bus sitzen. Atomkraftgegner, Friedensaktivisten, Frauen und Stuttgart-21-Gegner haben Gesetze übertreten, um gegen die Nutzung der Atomenergie, die Stationierung der Atomwaffen, den § 218 StGB und den Abriss des Stuttgarter Hauptbahnhofes zu protestieren.⁷

Bürger- und Menschenrechte (Meinungs- und Versammlungsfreiheit) gelten für alle Menschen und können einem Teil der Bevölkerung auch nicht aberkannt werden, nur weil eine bestimmte Meinung nicht erwünscht oder mehrheitsfähig ist. Die Frage ist, welche Strategie wird gefahren, damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu den Protesten kommen? Jugendliche und junge Erwachsene beteiligen sich eher an den Sitzblockaden. Ältere Menschen und Eltern mit Kindern werden von den Protesten faktisch ausgeschlossen, wobei sich das „bürgerliche Lager“ in aller Regel

nicht angesprochen fühlt. Außerdem entsteht unweigerlich eine Konkurrenzsituation zwischen den Organisatoren der Sitzblockaden (z.B. „Dresden Nazifrei!“) und den Alternativveranstaltungen (z.B. „Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe!“).⁸

Früher wurde eine Sitzblockade strafrechtlich stets als Nötigung bewertet, da in der Rechtsprechung auch psychische Gewalt unter den Begriff der Gewalt fiel, sofern sie vom Betroffenen körperlich empfunden wurde⁹. Sitzblockaden stehen unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit¹⁰. Rechte Gruppen haben keinen Anspruch auf „harmonische“ Kundgebungen und Demonstrationen, da diese schließlich nicht im „luftleeren“ Raum stattfinden.¹¹ Nach erfolgreichen Blockaden suchen sich die rechten Gruppierungen andere Orte aus, in denen es derzeit keine oder wenig Gegenwehr gibt. Mitunter richtet sich die Gewalt bestimmter Personengruppen gegen den Staat und die Polizei, weshalb die Bevölkerung immer weniger Sympathie für die Gegendemonstranten entwickelt. Bei genehmigten Demonstrationen von Neonazis ist ziviler Ungehorsam grundsätzlich illegitim, da sich der Protest nicht gegen schwerwiegendes Unrecht richtet und die Mehrheit der Bevölkerung rechtes Gedankengut ablehnt. In Zukunft muss es klare Absprachen zwischen dem Veranstalter, der Antifa und der Polizei geben. Bunt, vielfältig und friedlich sollte der Protest sein. Kooperation statt Konfrontation. Ziviler Ungehorsam muss einen Nutzen für alle Menschen haben, wobei der Einzelne für sich

entscheidet, ob er sich am zivilen Ungehorsam beteiligt und wie weit er geht.¹² Derartige Absprachen gab es in Dresden. Friedlich und mit bloßem „Körpereinsatz“ sollte der Naziaufmarsch gestoppt werden. Das Bundesverfassungsgericht schützt das Versammlungsrecht friedfertiger Demonstranten, wenn mit Ausschreitungen Einzelner oder einer Minderheit zu rechnen ist¹³. Auch der Staat und seine Politik (FRONTEX, Sarrazin-Debatte, Asyl- und Jugendpolitik) wird mit den Sitzblockaden „angegriffen“. Nazis werden häufig als Feinde betrachtet, was für eine erfolgreiche Blockadestrategie nicht immer förderlich ist. Faschisten sind ebenso Menschen, die von den eigenen Positionen überzeugt werden müssen. Aufgabe des Staates bzw. der Polizei, ist nicht die Geheimhaltung von Demonstrationsterminen der rechten Szene oder die Verhinderung der Gegendemonstrationen, sondern die Absicherung der Proteste auf beiden Seiten. Er muss letztendlich mit den Auseinandersetzungen umgehen.¹⁴

Marcel Kieslich, Mitglied im Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Halle (Saale)

Anmerkung des Autors: Im Wesentlichen beruht der Inhalt auf handschriftlichen Notizen, einem Gedächtnisprotokoll und der Internetrecherche. O-Töne wurden im Text nicht verwendet. Unbeantwortet bleibt die Frage, inwieweit Gewalt zulässig und legitim ist, wenn die Gewalt zuerst vom Staat (Polizei) ausgeht.

Internetquellen:

http://de.wikipedia.org/wiki/Ziviler_Ungehorsam

http://www.buergerimstaat.de/3_11/zivilcourage.pdf

<http://halleblockt.blogspot.de/images/ZivilerUngehorsamABC.pdf>

http://aktionsnetzwerk.de/joomla/images/stories/pdfs/ziviler_ungehorsam.pdf

1 Ankündigungstext der Veranstalter

2 Mitarbeiterin des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V.

3 Geschäftsführer der RAA Brandenburg Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

4 Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

5 Montag, 06. Februar 2012, 19:00 Uhr, Melanchthonianum (Hörsaal B), Halle (Saale)

6 Verletzung von Bürger- oder Menschenrechten

7 Dr. Elke Steven

8 Alfred Roos

9 Verwerfung durch das Bundesverfassungsgericht am 10.01.1995, Aktenzeichen: 1 BvR 718/89

10 Aktenzeichen: 1 BvR 388/05

11 Dr. Elke Steven

12 Alfred Ross

13 Brockdorf-Beschluss vom 14. Mai 1985, Aktenzeichen: 1 BvR 233, 341/81

14 Dr. Elke Steven

Ladenschluss,

Fortsetzung von Seite -5-

Auch wenn die InterviewpartnerInnen auf zwei verschiedenen Kontinenten leben, teilen sie ähnliche Fragen und Erfahrungen und erzählen hier vom Prozess der Einwanderung ihrer Familien, vom Aufwachsen in mehreren Kulturen und davon, wie sie sich heute selbst sehen. Der Film soll als Arbeitsmaterial dienen, um Diskussionen über komplexe Identitäten, die Auswirkungen von Migration und die vielfältigen Formen von Rassismus zu führen, und zwar im Kontext der in beiden Gesellschaften steigenden Diversität. Sowohl der Film als auch der begleitende Diskussionsleitfaden wurden gezielt für Oberschulen, Hochschulen und Gemeinschaftszentren entwickelt.“ Friedenskreis Halle e.V.

Was tun gegen Homophobie? (WS) Mittwoch 14 – 16 Uhr

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen sind in den letzten Jahren sichtbarer geworden. Dennoch werden die Worte „Schwuchtel“ und „schwul“ als Schimpfworte häufig im negativen Kontext verwendet. Im Workshop werden die verschiedenen Aspekte der Thematik vorgestellt und diskutiert. Was ist Homophobie, wie zeigt sie sich und welche Schwierigkeiten, Fragestellungen und Geheimnisse stehen damit in Verbindung?

BBZ Lebensart (Begegnungs- und Beratungszentrum)

Respekt mit Musik Montag, Donnerstag und Freitag

Singer Songwriter „Janna“ Handgemachte Musik über das Leben: melancholisch, wütend oder glücklich mit deutschen und englischen Texten.

IG Metall Halle, Böllberger Weg 26 - Ausstellung zum Partisan Willi Sitte Freitag 17 – 21 Uhr

Die Ausstellungseröffnung „Mondiali antirazzisti“ in der IG Metall Verwaltungsstelle. In Vorbereitung auf das antirassistische Fußballturnier, das vom 5.-8. Juli in Bologna/ Italien stattfindet, haben sich junge GewerkschafterInnen intensiv mit der Person Willi Sitte und seiner Zeit in der italienischen PartisanInnenbewegung auseinandergesetzt. Die dabei entstandene Ausstellung wird am 23. März ab 17 Uhr feierlich eröffnet.

Klausurtagung des Stadtvorstandes zur Oberbürgermeisterwahl in Halle am 17.06.2012

(mb) Der Stadtvorstand ging am 10.03.2012 gemeinsam mit drei Gästen, darunter der Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion DIE LINKE Bodo Meerheim, in Klausur, um unsere programmatischen Aussagen zur Oberbürgermeisterwahl zu diskutieren und ein Konzept zu erarbeiten. Swen gab zunächst ein Input, in dem er Fragen aufwarf, zum Beispiel:

- Wie gelingt es uns mit unserer Wahlkampagne, Bürgerinnen und Bürger für die Wahlbeteiligung zu gewinnen?
- Was wäre unter einem linken Bürgermeister anders, als es jetzt ist?

Er verwies darauf, dass die Kandidatur in Kontinuität zu unserem Kommunalwahlprogramm von 2009 steht, analysierte kurz den Markenkern Der LINKEN (soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung, Friedenspolitik und Systemtransformation). Welche Relevanz hat der Markenkern für die bei einer OB-Wahl zu transportierenden Themen?

In seiner Einführung verwies er auch auf statistische Erhebungen, wo unserer Partei die stärksten Kompetenzen zugewiesen werden.

Nach der umfangreichen Einführung und den Analysen durch Swen diskutierten wir erst einmal sozusagen ins „Grobe“. Schwerpunkt dieser ersten Diskussion war auszuloten, was möchten wir den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, wo sehen wir Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit eines linken Oberbürgermeisters. Welche Themen wollen wir besetzen – hier konnten wir in der Diskussion auf das von Marion im Vorfeld erarbeitete Papier (den sogenannten 7-Punkte-Plan) zurückgreifen, der von Swen extrahiert worden war. Es war eine äußerst kreative und vor allem auch produktive Diskussion, die sogar Spaß gemacht hat und Ergebnisse zeitigte.

Letztlich einigten wir uns darauf, fünf Überschriften zu finden; dem Ganzen eine persönliche Note zu geben; nichts aufzunehmen, was der künftige Oberbürgermeister nicht umsetzen kann; uns an Realitäten zu halten, ohne Visionen aufzugeben.

Wir einigten uns letztlich in dieser ersten Runde, dass wir uns auf fünf Punkte konzentrieren und diese in Arbeitsgruppen untersetzen wollen. Den Punkten sollten jeweils zunächst Verben voranstellen, diese waren: mitmachen, haushalten, lernen, entwickeln + ver-

ändern und verantworten.

Nach der Mittagspause setzten wir uns in kleinen Gruppen zusammen und erarbeiteten jeweils die inhaltliche Untersetzung der vorgegebenen Verben.

Es gelang uns, dem Wahlbüro eine arbeitsfähige Grundlage liefern zu können, die stilistisch und redaktionell bearbeitet werden kann. Natürlich gibt es Themen, die sich in ihrer Komplexität in verschiedenen Gebieten überschneiden, zum Beispiel bei Kultur, Bildung und Wissenschaft. Mittels moderner Technik wurden die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen an die Wand gebeamt und wir konnten konkret an den Texten arbeiten.

Was ist nun dabei herausgekommen?

Einige wesentliche Punkte seien hier vorgestellt:

- Wir haben erarbeitet, mit der Finanzkompetenz unseres Kandidaten unter dem Motto: „Mit mir können Sie Rechnen“ zu punkten
- mitmachen: es geht um Bürgerbeteiligung, Bürgerentscheide, Anträge an den Stadtrat durch Bürgerinnen und Bürger, also um demokratische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Stadt. Ich möchte eine weltoffene Stadt und ein gesellschaftliches Klima, welche es nicht zulassen, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer Sexualität oder ihrer politischen Orientierung diskriminiert werden.
- haushalten: es geht um Bürgerhaushalt, Haushaltskonsolidierung und Entschuldung mit Augenmaß, Förderung von Kleinunternehmen, gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Stadtverwaltung zu einer bürgernahen, dienstleistungsorientierten Stadtverwaltung gestalten.
- lernen: Bildung, barrierefreier Zugang in sanierte Bildungseinrichtungen, kooperativen Bildungsverbund mit dem Saalekreis, attraktives Umfeld für Studierende, Volkshochschule und Berufsschulen
- entwickeln und verändern: zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur, Einführung eines Sozialtickets, freier Zu-

gang zu Kultur und kultureller Bildung, aktive Betätigung in Vereinen und Verbänden, Stadtteilentwicklungskonzepte

- verantworten: unter diesem Punkt wird unser Oberbürgermeisterkandidat noch persönliche Worte finden

Ihr findet nun hier nicht das ausformulierte Wahlprogramm zur Oberbürgermeisterwahl. Wir haben auf unserer Sitzung allerdings schon fertige Texte produziert, allerdings ist der Platz im Linken Blatt begrenzt. Sobald die schriftliche Fassung in ihrer Endfassung vorliegt, werden wir sie hier veröffentlichen. Ganz besonders möchten wir uns aber auch jetzt

Die Basisorganisation Neustadt West gratuliert recht herzlich nachträglich

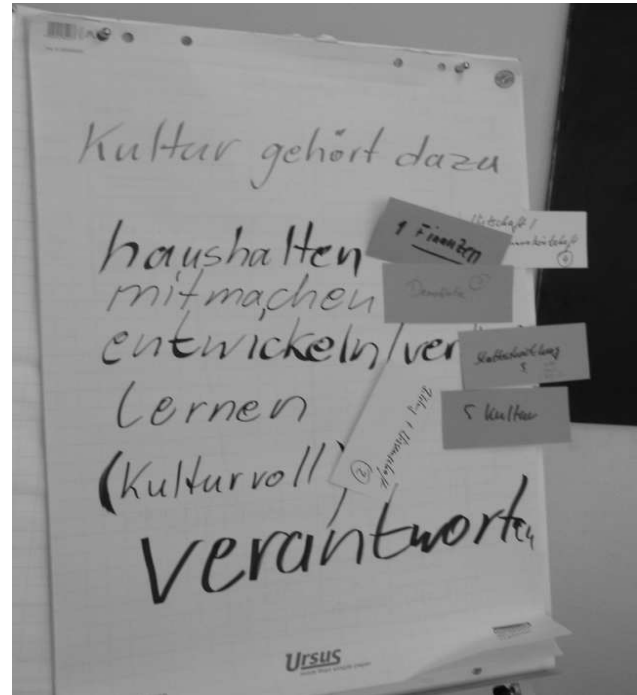
Genossen Professor Ernst Luther
zum 80. Geburtstag.

In unserer BO ist Genosse Luther trotz hohem Alter aktiver Mitstreiter und im AK Gesundheit der Stadtratsfraktion der LINKEN gefragter Ratgeber.

Wir wünschen Gen. Prof. Dr. Ernst Luther von Herzen weiterhin Schaffenskraft und Geborgenheit in seiner Familie (sowie in unserer Partei)
BO Neustadt West

schon bei den Genossinnen und Genossen aus dem Stadtverband bedanken, die uns schon wertvolle Zuarbeit geleistet haben.

Der Wahlkampf wird ein dynamischer Prozess sein, Anregungen und Hinweise sind also auch weiterhin willkommen. Wir planen auch, thematische Veranstaltungen in Form von Workshops durchzuführen, es wäre gut, wenn ihr dann auch viele Hallenserinnen und Hallenser zur Mitarbeit, Diskussion animieren könnt.



Erklärung der Linksjugend[’solid] Halle zur Gleichstellungspolitik unserer Oberbürgermeisterin:

Oberbürgermeisterin endlich gleichgestellt?

Heute erfuhr man durch eine Pressemitteilung des BBZ lebensart e. V., dass die Oberbürgermeisterin von Halle der Meinung ist, dass Gleichstellung in unserer Gesellschaft erreicht ist. Natürlich, wir haben ja eine Oberbürgermeisterin und sogar eine Kanzlerin, für eine Bundespräsidentin wird es wohl leider nicht reichen. Aber wer davon auf ein Erreichen von Gleichstellung schließt, macht vor „Homophobie und Diskriminierung die Augen“ zu, wie es das BBZ lebensart richtigerweise feststellt. Die Verweigerung der OB, den halleschen Gleichstellungsprojekten den so genannten vorzeitigen Maßnahmebeginn zu bescheinigen ist ein Schlag ins Gesicht aller engagierten Menschen, die sich in den Bereichen der Gleichstellung sexueller Minderheiten und Frauengleichstellung einsetzen. „Obwohl die Arbeit der Vereine weithin anerkannt ist und auch das Land mitfördert, gefährdet die Oberbürgermeisterin deren Existenz. Noch immer gibt es Homophobie und Diskriminierung in der Gesellschaft und haben es Menschen während ihres Coming Outs schwer“, so das BBZ lebensart. Recht hat es und wenn die Oberbürgermeisterin das nicht erkennt, ignoriert und missachtet sie gesellschaftliche Realitäten. Projekte, die Grundlagen für Toleranz und Akzeptanz in unserer Gesellschaft legen, insbesondere in Schulen, dürfen nicht gefährdet werden. Unsere Geschichte und aktuelle Entwicklungen in der Republik machen das deutlich. Wir, die Linksjugend[’solid] Halle, fordern die Oberbürgermeisterin auf, ihre destruktive Politik zu beenden und die harte Arbeit der Initiativen anzuerkennen. Vermeintliche Spardiktate dürfen nicht das Ende von sinnvoller und notwendiger sozialer Arbeit bedeuten.

Buchtipps

Neuer Reprint von EPPER

Ein weiteres Büchlein mit Karikaturen des halleschen Zeichners Arthur Epperlein ist in diesen Tagen beim Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind, Halle, erschienen. Das Epperbuch „Verzeihung...“ ist der fünfte Reprint der älteren Ausgaben. Das Original ist 1971 beim ehemaligen Zentralinstitut für Schweißtechnik (ZIS) erschienen. Die Herausgabe des Büchleins wurde durch die enge Kooperation mit der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt Halle (SLV) möglich, die sich ebenfalls um die Bewahrung des Andenkens an Epper verdient machte. In einem Vorwort schrieb der Geschäftsführer des SLV, Prof. Dr. Ing. Steffen Keitel: „... Zeitlos wie der Slogan „Schweißen verbindet“ sind auch Eppers illustrierte Witze rund um das Schweißen. Sich selbst nicht so ernst zu nehmen, steht eigentlich im Kontrast zur Verantwortung der Schweißtechnik für geschweißte Tragwerke... Epper-Witze rund um das Schweißen erlangen eine „Erfolgsquote“ von 99%. Erfreulicherweise gilt das auch für die Haltbarkeit von Schweißnähten...“

Der Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind bemüht sich seit rund 14 Jahren um die Pflege des Werkes von Epper, das rund 14000 Zeichnungen umfassen soll. Arthur Epperlein starb vor 17 Jahren und hatte bis zu seinem Tod fast 40 Jahre als Pressezeichner gearbeitet. Seine fast 30 Epperbücher sind Kult und waren immer schnell vergriffen. Seit 1999 sind im Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind 10 neu zusammengestellte Bücher

bzw. Reprints erschienen und über 20 Nachauflagen mit einer Gesamtauflage von rund 35 000 Exemplaren. „Epperwitze“ sind auch heute immer noch überraschend aktuell. Epper ist Zeit seines Lebens, er wurde 76, seinen Fans im mitteldeutschen Raum und speziell in Halle treu geblieben und so lohnt es sich, ihn nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Das vorliegende EPPER - Büchlein ist in den Buchläden und im Verlag (Telefon 5170956) zum Preis von 4,00 Euro erhältlich.

„Im Leseland“

Über vier Jahrzehnte bestimmte der Volksbuchhandel mit seinen rund 750 Buchhandlungen und 6000 Mitarbeitern den Sortimentsbuchhandel in der DDR. Erstmals erscheint eine komplexe Darstellung über seine Entstehung, Entwicklung, Strukturen und Funktionsweise einschließlich seiner Umgestaltung nach 1990. Auch Bereiche wie Kommissionäre, Private, Versand- und Zwischenbuchhandel werden beleuchtet.

Heinz Börner/Bernd Härtner „Im Leseland“ Die Geschichte des Volksbuchhandels“ 256 Seiten, 12,5 x 21 cm, gebunden, Verlag Das Neue Berlin, ISBN 978-3-360-02134-2, Preis: 19,95 Euro.

Lernen, Lernen, nochmals Lernen:

Die Volksbildungsministerin nimmt Stellung

Die DDR ist für Margot Honecker ein unwiderruflich abgeschlossener Vorgang, aber ein unverzichtbarer Fundus an Erfahrungen, der bei der Gestaltung von Gegenwart

und Zukunft nutzbringend angewandt werden muss. Ein Beleg dafür ist beispielsweise die erfolgreiche Adaption der DDR-Schulmethoden durch verschiedene Staaten, nicht nur in Europa. Die ehemalige Volksbildungsministerin spricht erstmals nach dem Ende der DDR über das dort praktizierte Schulsystem, über seine Ausrichtung und Aufgaben.

Margot Honecker „Zur Volksbildung“ Gespräch, 256 Seiten, 12,5 x 21 cm, broschürt, ISBN 978-3-360-02145-8, Preis: 14,95 Euro.

Meine Lieder-Mein Leben Ute Freudenberg

Als sie 15 war, wurde ihre Stimme entdeckt – im Ferienlager! Sie studierte an der Musikhochschule ihrer Heimatstadt Weimar, war Gründungsmitglied der Band „Elefant“ und landete mit der „Jugendliebe“ den Hit des Ostens schlechthin. Bis heute kommen Tausende zu ihren Konzerten, denn Ute Freudenberg ist Musikerin mit Leib und Seele. Ihre kraftvolle Stimme, ihre Emotionalität und ihre unglaubliche Bühnenpräsenz sichern ihr die Liebe der Fans. Nun blickt sie zurück auf eine Karriere voller Höhepunkte, in der sie aber auch so manche Untiefe umschiffen und schwere Entscheidungen treffen musste. Die mitreißende Biografie einer Powerfrau zum 40-jährigen Bühnenjubiläum! Sie kommt am 27. März im Rahmen einer Lesereise nach Halle!

Christine Dähn „Ute Freudenberg – Jugendliebe“, 320 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, ISBN 978-3-355-01794-7, Preis: 19,95 Euro.



Zu Pfingsten an den Werbellinsee ...

Der Landesverband Sachsen-Anhalt

- Jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball- und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen
- natürlich wieder im Angebot: Dampfer-Abendfahrt mit Musikprogramm, Skatturnier, Kulturbühne ...
- ND-live
- für »Zwischendurch« stehen mehrere Grill- und Getränkstände für die Gäste bereit

In diesem Jahr noch einmal Anmeldungen aus Sachsen-Anhalt bitte an den Landesvorstand Thüringen, nächstes Jahr bei uns.

Noch Fragen?

Dann an Ilona Iffarth, Kreisverband Saalekreis und Mitglied in der AG Pfingsten beim Bundesvorstand DIE LINKE, eMail: iffarthkdi@aol.com oder Funk: 0179-2602606.

DIE LINKE.

Landesvorstand Thüringen

Eugen-Richter-Straße 44

99085 Erfurt

Telefon: 0361 60111-30/Telefax: 0361 60111-41

kkorschewsky@die-linke-thueringen.de

www.die-linke-thueringen.de

Den kompletten Flyer könnt Ihr herunterladen unter:
www.die-linke.de / Partei / Termine

20. Pfingsten mit DIE LINKE vom 25. Mai bis 28. Mai 2012

Anmeldung für die Europäische Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee, 16244 Altenhof

Anreise: 25. Mai ab 15.00 Uhr

Abreise: 28. Mai bis 11.00 Uhr

Personenzahl gesamt	Kinder bis 3 Jahre	Kinder 4-14 Jahre	Erwachsene
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Unsere Leistungen pro Person

3x Übernachtung in den neuen Gästehäusern (1- bis 3-Bett-Zimmer mit DU/WC inkl. 3x Halbpension)	135,00 €	■
3x Übernachtung im Bettenhaus (inkl. 3x Halbpension)	90,00 €	■
3x Übernachtung im renov. Bungalow (inkl. 3x Halbpension)	80,00 €	■
3x Übernachtung im Zelt (inkl. 3x Halbpension)	60,00 €	■
Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr frei.		

Stornofreie Abmeldung bis 30. April 2012. Danach fallen Stornogeühren in Höhe von 50% des Teilnehmerbetrages an.

Name	<input type="text"/>
Vorname	<input type="text"/>
PLZ/Ort	<input type="text"/>
Straße/Hausnummer	<input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>
Unterschrift	<input type="text"/>